



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 05. Februar 2013

P075042

Antrag Andreas Burckhardt und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Einführung einer eidgenössischen Erdbebenversicherung

P058200

Antrag Maria Berger-Coenen und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Oberaufsicht des Bundes über die Erdbebenvorsorge

- ://:
1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
 2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Anträge Andreas Burckhardt und Konsorten und Maria Berger-Coenen und Konsorten stehen zu lassen.

Begründung

Zurzeit wird unter der Federführung des Eidgenössischen Finanzdepartement die Machbarkeit eines Einschlusses von Erdbeben in die obligatorische Elementarschadenversicherung geprüft und die rechtlichen Voraussetzungen sowie die Möglichkeit einer schweiz-weiten Schadenorganisation abgeklärt. Diese Arbeiten werden sehr wahrscheinlich bis 2016 dauern, so dass mit einem Entscheid des Bundesrates nicht vorher zu rechnen ist. Aus diesem Grund sind die beiden Anträge stehen zulassen, bis der Bundesrat über den Einschluss von Erdbeben in die heute bestehende obligatorische Elementarschadenversicherung Beschluss gefasst haben wird.

